

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktag. — Verbreitetste Zeitung im O.-A.-Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. W. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Borgiszeile oder deren Raum 20 S., Familien-Anzeigen 15 S., Reklamezeile 60 S., Sammelanzeigen 50% Zuschl. für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk.-No. Stuttgart 5118

Nr. 234

Gegründet 1827

Samstag den 5. Oktober 1929

Fernsprecher Nr. 29

103. Jahrgang

### Tagespiegel

Der Abgeordnete von Troilo und die übrigen Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion haben an den Vorsitzenden des Kriegsschädigtenausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem sie den Antrag auf schleunige Einberufung des Ausschusses stellen zum Zweck der Herbeiführung einer Erklärung der Regierung über die in der Kriegsschädigtenfürsorge eingetretene Stockung, im besonderen bei den Kapitalabfindungen.

Der demokratische Reichsparteitag ist am Freitag in Mannheim eröffnet worden. Abg. Koch und Reichsminister Dietrich hielten Ansprachen.

Der Heilige Stuhl hat die Apostolische Nuntiatur in Berlin beauftragt, die wärmste Teilnahme zum Hinscheiden des deutschen Außenministers Dr. Stresemann der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Der Schweizerische Nationalrat genehmigte heute den Vertrag mit Deutschland über die Rheinregulierung Basel—Straßburg.

Der Schnelldampfer „Berengaria“ mit Erstminister Macdonald an Bord ist am Freitag morgens 7 Uhr an der Quarantänestation in Neuyork eingetroffen.

Politische Wochenchau siehe Seite 5

## Die Trauer um Dr. Stresemann

Dr. Curtius als Nachfolger

### Das Staatsbegräbnis für Dr. Stresemann

Berlin, 4. Oktober. Bei der Trauerfeier im Reichstag wird Reichkanzler Müller die Trauerrede halten. Bei der Kundgebung vor dem Reichstag wird in Abwesenheit des Reichstagspräsidenten Loebe der Reichstagspräsident v. Kardorff sprechen. An der Trauerfeier im Reichstag wird Reichspräsident v. Hindenburg teilnehmen. Das Philharmonische Orchester wird den musikalischen Teil der Feier bestreiten.

Der Trauerzug geht vom Reichstag durch die Wilhelmstraße und hält einen Augenblick vor der Arbeitsstätte des Reichsaußenministers, geht dann weiter über die Blücherstraße zum Friedhof der Luisenstädtischen Gemeinde. Für die Trauerfeier im Reichstag wird ein großer Baldachin errichtet; auf dem Sarg, in dem Stresemann aufgebahrt wird, liegt die Dienstflagge des Reichsaußenministers, die den Schild und den Reichsadler zeigt. Zur Totenparade wird voraussichtlich eine Kompanie der Reichswehr kommandiert werden.

Die Leiche wird am Samstag spät abends von der Villa des Ministers nach dem Reichstag übergeführt werden, wo sie aufgebahrt wird. In der großen Loge werden der Reichspräsident und die engste Familie des Verstorbenen der Feier beiwohnen. Reichspräsident v. Hindenburg wird dem Leichenwagen zu Fuß bis zu seinem Palais folgen.

Ludwigshafen, 4. Oktober. Sämtliche Dienstgebäude der französischen Besatzungsbehörde in Ludwigshafen a. Rh. und anderen Orten der Pfalz haben aus Anlaß des Ablebens des deutschen Reichsaußenministers Dr. Stresemann die Flaggen auf Halbmast gesetzt.

Locarno, 4. Oktober. Auf dem Gebäude, in welchem die Konferenz von Locarno tagte, wurden die Fahnen zu Ehren des verstorbenen deutschen Reichsaußenministers auf Halbmast gesetzt. Der Stuhl, auf dem Dr. Stresemann bei der Unterzeichnung des Locarnopaktes saß, wurde mit Trauerflor umhüllt.

Berlin, 4. Oktober. Reichspräsident v. Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichkanzlers den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsaußenministers beauftragt.

Dr. Curtius gehörte zu den engeren Anhängern Stresemanns; es ist daher anzunehmen, daß er seine Außenpolitik fortsetzen wird. Das Reichswirtschaftsministerium ist nun mit einem anderen Mitglied der Deutschen Volkspartei zu besetzen.

Auf der Reichswahlliste der Deutschen Volkspartei steht als nächster Kandidat nach Dr. Stresemann Malermeister Havemann (Hildesheim). Havemann war während der ersten Wahlperiode 1920—1924 Mitglied des Reichstags, wurde 1924 wiedergewählt, unterlag aber bei der Wahl im Jahr 1928. Ob er die Nachfolge Stresemanns annehmen wird, ist noch nicht bekannt.

### Der Kanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 4. Okt. Reichspräsident v. Hindenburg ist heute vormittag aus seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt. Um 11.30 Uhr empfing er den Reichkanzler, der ihm über das Hinscheiden Dr. Stresemanns und die dadurch entstandene politische Lage einen langen Vortrag hielt.

(Siehe auch „Letzte Nachrichten“).

## Die Abstimmung über die Arbeitslosenversicherung

Deutscher Reichstag

Berlin, 4. Okt. Bei der Schlußabstimmung über die Arbeitslosenversicherung wurden insgesamt 433 Karten abgegeben, 40 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei enthielten sich der Stimme, die andern stimmten für das Gesetz. Das Ergebnis der letzten Einwirkung des Parteiführers Dr. Stresemann war also, daß die Fraktion davon Abstand genommen hat, gegen die Vorlagen zu stimmen. Für das Gesetz stimmten demgemäß 233, gegen das Gesetz 155 Abgeordnete (Deutschnationale, Wirtschaftspartei, Kommunisten und Nationalsozialisten).

Die demokratische Reichstagsfraktion hatte in ihrer Sonder Sitzung am Mittwochabend beschlossen, für das Gesetz zu stimmen, nachdem auch die Deutsche Volkspartei ihren Widerstand gegen die Vorlage aufgegeben habe.

Nach der Krise vom Montag ist in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung schneller, als man erwarten konnte, die Lösung gefolgt. Die Lösung ist eine politische, keine wirtschaftliche. Wirtschaftlich betrachtet, bleibt der Kompromißvorschlag, der angenommen wurde, ein erster Schritt. Mit den Stimmen der Sozialdemokratie ist die erste Regierungsvorlage, die Beschränkung der Mißbräuche der Versicherung vorsieht, angenommen worden; ihr ist der Paragraph 1 und 2a der befristeten Sondervorlage über die strittigen Fragen der Saisonarbeiter, der Leistungsdauer und der Beitragshöhe eingefügt worden. Dieser Paragraph 1 sieht vor, daß die Saisonarbeiter im allgemeinen Unterstützungen in Höhe der Krisenfürsorge erhalten; der Paragraph 2a bestimmt, daß ein Unterstützungsempfänger, der zum erstenmal die Versicherung in Anspruch nimmt, mindestens 52 Wochen Beiträge gezahlt hat, für spätere Unterhaltungen wird bestimmt, daß der Arbeitslose mindestens 26 Wochen im Jahr in Arbeit gestanden haben müsse. Die Frage der Beitragserhöhung ist vertagt worden. Das Reich wird zunächst weiter einspringen müssen, bis über die Beitragshöhe entschieden ist.

Diese Entscheidung muß im Zusammenhang mit der Finanzreform erfolgen. Die nächsten Wochen werden weitere Klarheit bringen. Sie werden vor allem die Erkenntnis in weite Kreise des Volks tragen, welche sozialpolitischen Maßnahmen und Ausgaben tragbar sind. Es handelt sich um keine Abbanaktion als Selbstzweck; jedes ist für eine Unterstüttzung der unfreiwillig Arbeitslosen, soweit es unsere wirtschaftliche Lage nur irgend erlaubt. Es handelt sich vielmehr darum, die Arbeitslosenversicherung so zu gestalten, daß sie ihren sozialen Zweck erfüllt, ohne daß die Gesundung der Wirtschaft sie beeinträchtigt.

Die Ersparnisse, soweit sie durch die Bestimmungen des jetzt verabschiedeten Gesetzes gewährleistet werden, dürfen etwa 60 bis 80 Millionen Mark betragen. Wieviel Ersparnisse durch innere Verwaltungsmaßnahmen der Reichsanstalt erzielt werden, ist ungewiß. Sicher ist nur das eine, daß diese zweite Gruppe von Ersparnissen kaum noch in der bevorstehenden Winterzeit wirksam wird. Denn die Reichsanstalt wird in den bevorstehenden Wintermonaten nicht nur die saisonmäßige Mehrarbeit, sondern auch die Durchführung der neuen gesetzlichen Bestimmungen leisten müssen, und wird keine Mühe zur strafferen Führung der Geschäfte haben.

### Eine Glanzleistung!

## Becker gegen die höheren Schulen Goslars

Goslar, 4. Okt. Bei den Reichsjugendwettkämpfen, die in Goslar bei der Verfassungsfeier im August d. J. abgehalten wurden, haben Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen von ihren Siegerkränzen die schwarzrotgoldenen Schleifen entfernt. Die betreffenden Schüler und Schülerinnen wurden mit der Androhung der Entlassung bedroht. Außerdem sandte der preussische Kultusminister Becker drei Ministerialbeamte nach Goslar, die den Fall acht Tage lang an Ort und Stelle untersuchen mußten, und auf ihren Bericht verfügte er in einem Erlaß, daß dem Städtischen Gymnasium und Realgymnasium in Goslar das Recht, die Reifeprüfung an der Schule selbst durch den eigenen Lehrkörper vorzunehmen, und dem Städtischen Lyzeum das gleiche Recht für die Abschlußprüfung entzogen werde. Ferner sollen die Lehrer von den genannten Anstalten entfernt werden. Der Stadtverwaltung wurde zugleich eröffnet, daß vom Minister nur solche neu gewählte Lehrer bestätigt werden, die „genügende Gewähr gegen die Wiederholung derartigen beständiger Vorkommnisse bieten“.

Ganz Goslar ist über diesen Erlaß in großer Erregung. Die Blätter verurteilen den Erlaß aufs schärfste; der Landtagsabgeordnete Schellnecht (Wirtschaftspartei) hat sofort eine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet, in der es u. a. heißt: „Billigt das Staatsministerium diese Maßnahme? Sind die Eingriffe in die Rechte der Elternschaft mit der Verfassung vereinbar? Ist dem Staatsministerium bekannt, welcher große wirtschaftliche Schade durch diese Maßnahme der Stadt Goslar entsteht?“

gefes soll gleichzeitig mit dem Arbeitsschutzgesetz und dem Bergarbeitsgesetz in Kraft treten, weil die Bestätigung erst erfolgen kann, nachdem die Uebereinstimmung des deutschen Rechts mit dem Inhalt des internationalen Uebereinkommens durch die Verabschiedung der vorgenannten materiellrechtlichen Gesetze herbeigeführt ist. Der Gesetzentwurf macht die Bestätigung durch Deutschland nicht abhängig von der gleichzeitigen Bestätigung durch andere Staaten.

## Neueste Nachrichten

### Ein Antrag des Einzelhandels zur Lohnpändung

Berlin, 4. Okt. Der „Vorwärts“ teilt mit, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels habe einen vorläufigen Entwurf eines Gesetzes über Lohn- und Gehaltspändung ausgearbeitet, der eine Stafflung des Pfändung unterworfenen bzw. pfändungsreifen Betrags vorsehe. Von der Pfändung befreit sollen 100 Mark monatlich oder 22 Mark wöchentlich oder 3.50 Mark täglich sein. Bezüglich der Pfändung des übersteigenden Betrags sei, je nach der Höhe des Mehrbetrags, dessen Stafflung zu 10, 20, 30, 40 und 50 Prozent vorgesehen. Ein gewisser Schutz des Arbeitseinkommens solle aufrechterhalten werden, die höheren Einkommensstufen seien aber eher in der Lage, einen entsprechend höheren Prozentsatz des 100 Mark übersteigenden Mehrbetrags für den Gläubiger zur Verfügung zu stellen. Dementsprechend sei weiter vorgesehen, daß bei Arbeitseinkommen von mehr als 400 Mark lediglich 200 Mark geschützt und der Pfändung nicht unterworfen sind. Der genannte Prozentsatz solle sich dann für Unterhaltungsberufstätige um je 1 Prozent, jedoch höchstens um 7 Prozent ermäßigen. Ferner soll auch die mitverdienende Ehefrau eines nicht arbeitslosen oder nicht arbeitsunfähigen Ehegatten bei der Pfändung mitberücksichtigt werden.

### Zustimmungsgesetz zum Uebereinkommen über den Achttundentag

Berlin, 4. Okt. Der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Auswärtigen haben unter dem 1. d. M. dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die Zustimmung zu dem Washingtoner Uebereinkommen über den Achttundentag ausgesprochen wird. Das Zustimmungsgesetz soll gleichzeitig mit dem Arbeitsschutzgesetz und dem Bergarbeitsgesetz in Kraft treten, weil die Bestätigung erst erfolgen kann, nachdem die Uebereinstimmung des deutschen Rechts mit dem Inhalt des internationalen Uebereinkommens durch die Verabschiedung der vorgenannten materiellrechtlichen Gesetze herbeigeführt ist. Der Gesetzentwurf macht die Bestätigung durch Deutschland nicht abhängig von der gleichzeitigen Bestätigung durch andere Staaten.

### Rückgabe von Deutsch-Ostafrika?

Berlin, 4. Okt. Die „Bersenzeitung“ und einige Blätter bringen eine Meldung, wonach die englische Regierung sich mit dem Plan trägt, den südlichen Teil von Deutsch-Ostafrika an Deutschland zurückzugeben. An zuständiger Stelle ist vor einer solchen Absicht der englischen Regierung bisher nichts bekannt. — Man wird hinter die Meldung ein Fragezeichen setzen dürfen.

### Die Großbanken-Verschmelzung und die Angestellten

Berlin, 4. Oktober. Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, wird am 8. d. M. im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit dem Deutschen Bankbeamtenverein und den sonst im Bankgewerbe vertretenen Angestelltenverbänden stattfinden, in der die Auswirkungen der Verschmelzung der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft auf die Arbeitnehmer behandelt werden sollen.

### Was hat das deutsche Volk aufzuwringen?

Die heutigen Leistungen Deutschlands an Ausgaben sind gegen früher erstaunlich. Der Finanzbedarf des Reichs beträgt jährlich rund 10 Milliarden, dazu kommen Sozialkassen von rund 6 Milliarden, der Bedarf der Länder und Gemeinden rund 7 Milliarden, der Tributbeitrag der Reichsjahr mit 660 Millionen, der Tributbeitrag der Industrie 300 Millionen, zusammen rund 24 Milliarden oder erheblich mehr als ein Drittel des heute auf 60 Milliarden

UNG  
GE  
museums  
G  
e Tisch,  
mmastik,  
lungs-  
5. bis  
on 9 bis  
Schau-  
(975)  
la Gold-  
Trauben  
3 Pfund M. 1.—  
Quitten  
Pfund M. 3.—  
Neustr. 6  
Telefon 219  
Waggon  
ochsalz  
ehsalz  
0 Kg. Zutecken  
felsalz  
l. Vollsatz  
Pfd.-Paketen  
trocknen bei 1038  
rich Schmid  
etzung  
randenburg  
urch und durch  
der Branche,  
s- und Lager-  
item Arbeits-  
vertreter. Be-  
Privatfunden-  
hier geboten,  
angebote unter  
der Zeitung.  
öfen  
iswert  
einkauf  
n bei  
mid  
ER  
solung  
ertha und  
mente toll  
berlich toll  
ie UNSONS  
andlung.





